Erscheint
Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal:
durch die Post bezogen 1 Mk. 25 Pf. excl. Bestellgebühr,
frei in's Haus 1 Mk. 50 Pf.
Abonnements werden von sämmtlichen Post-Anstalten,
Briefträgern u. den Agenten im Kreise angenommen.

Teltower Kreis-Blatt.

Inserate
werden in der Expedition:
Berlin W., Potsdamer Straße 26b.,
sowie in sämmtlichen Annoncen-Bureaux und den
Agenturen im Kreise angenommen.
Preis
der einfachen Petitzeile oder deren Raum 20 Pf.

Expedition: Berlin W., Potsdamerstr. 26b. Fernsprech Anschluß: Amt VIII. Nr. 671.

Nr. 4. Berlin Sonnabend, den 9. Januar 1892. 36. Jahrg.

Abonnements
auf das „Teltower Kreisblatt"

pro Erstes Quartal 1892
(Preis 1 Mark 25 Pf. excl. Bringerlohn) werden noch fortwährend von den Kaiserlichen Post-Anstalten, den Landbriefträgern und unseren Spediteuren entgegengenommen.

Die bereits erschienenen Nummern werden gratis nachgeliefert.

Das „Teltower Kreisblatt" (amtliches Organ für den Teltower Kreis) erfreut sich einer großen Beliebtheit in einem weitverbreitetsten Leserkreise.

Allezeit treu für Kaiser und Reich erstrebt das „Teltower Kreisblatt", sich streng an die Thatsachen haltend, seinen Lesern auf allen Gebieten das Neueste und Wissenswertheste bieten zu können.

Im Rahmen der Politik erörtert in kurzer und sachgemäßer Weise das „Teltower Kreisblatt" alle europäischen Fragen und politischen Ereignisse unter spezieller Verwerthung von telegraphischen Nachrichten.

Parlamentsberichte des „Teltower Kreisblatts" unterrichten den Leser von dem Gang der Verhandlungen in den Volks-Vertretungen.

Mit Rücksicht darauf, daß die sociale Frage immer mehr zur eigentlichen Frage der Zeit sich gestaltet, hat das „Teltower Kreisblatt" eine besondere Beilage ausschließlich dieser Aufgabe gewidmet.

In den Nachrichten aus dem Kreise und der Provinz bringt das „Teltower Kreisblatt", unterstützt von vielen Korrespondenten in den einzelnen Ortschaften, alle sich ereignenden Begebenheiten im Kreise 2c.

Weiter bringt das „Teltower Kreisblatt" unter Aus der Reichshauptstadt und Verschiedenes das Beachtenswertheste aller Tagesneuheiten. In der Rubrik Gerichtsverhandlungen finden die jeglichen diesbezüglichen Mittheilungen Aufnahme.

Der Handelstheil des „Teltower Kreisblatts" bietet neben dem Coursbericht die Marktberichte der landwirthschaftlichen Erzeugnisse sowie des Central-Viehhofes in Berlin.

Das besonders sorgsam gepflegte Feuilleton des „Teltower Kreisblatts enthält stets beste Originalromane von außerordentlicher Spannung.

Als Extra-Gratisbeilage des „Teltower Kreisblatts" erscheint in jeder Sonnabend-Nummer die illustrirte „Sonntags-Ruhe", welche den neuesten Begebenheiten stets in Wort und Bild gerecht wird.

Das „Teltower Kreisblatt" enthält ferner die ausführlichen Ziehungslisten der preußischen Lotterie, sowie das Repertoir der Berliner Theater.

In dem Anzeigentheil finden Inserate durch die große Verbreitung des „Teltower Kreisblatts" im Kreise und darüber hinaus die allergrößte Aufmerksamkeit.

Die Expedition.

Amtliches.

Berlin, den 5. Januar 1892.

Auf Grund des § 8 des Reglements vom 5./29. November 1888, betreffend die Errichtung einer Kasse zur Versicherung gegen Verluste im Schweine-Viehstande für den Kreis Teltow haben wir den Fleischbeschauer und Barbier Viertel zum Versicherungs-Kommissar für den Gemeinde- und Gutsbezirk Blankenfelde ernannt.

Namens
des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow.
Der Landrath.
J. V. Hahlweg, Regierungs-Assessor.

Berlin, den 2. Januar 1892.

Auf Grund des § 20 der Feuer-Polizei und Löschordnung für das platte Land vom 31. October 1878 haben wir den Baumeister Christiani in Südende zum Feuerlösch-Commissar, die Eigenthümer Carl Kotte und C. Peters daselbst zu Stellvertretern des Feuerlösch-Commissar für die im Amtsbezirk Mariendorf belegene Villencolonie Südende bestellt.

Der Kreisausschuß des Kreises Teltow.
Der Landrath.
J. V. Hahlweg, Regierungs-Assessor.

Berlin, den 4. Januar 1892.

Die Herren Amtsvorsteher und städtischen Polizeiverwaltungen des Kreises ersuche ich, eine Uebersicht von dem Zustande der nicht gewerblichen Kranken- und Sterbekassen pro 1891 unter Zugrundelegung des in Nr. 5 des Kreisblattes von 1887 abgedruckten Schemas, mir binnen 14 Tagen einzureichen, bezw. in gleicher Frist Vacatanzeigen zu erstatten.

Ich bemerke, daß auch hinsichtlich derjenigen Krieger- und Landwehr-Vereine, mit welchen eine Sterbe- und Kranken-Unterstützungskasse verbunden, die Uebersicht aufzustellen ist.

Der Landrath.
J. V. Hahlweg, Regierungs-Assessor.

Personal-Chronik.

Es sind bestellt, bezw. gewählt, bestätigt und vereidigt worden:

Der Kutscher Karl Ziech zu Mittenwalde zum Chausseewärter der Mittenwalde—Königs-Wusterhausener Chaussee

Der Arbeiter Ferdinand Kelch zu Glienick b. Zossen zum Chausseewärter der Zossen—Ludwigsfelde—Siethener Chaussee;

der Gemeinde Vorsteher Getschmann zum Steuer-Erheber der Gemeinde Klein-Köris;

der Handelsmann August Dreke zum Schöffen der Gemeinde Neuhof.

Nichtamtliches.

Ein Rückblick.

Europa im Jahre 1891.

Die Geschichte des Jahres 1891 wird, insoweit es sich um die Beziehnngen der Staaten Europas zu einander handelt, vornehmlich durch zwei in die Augen fallende Ereignisse bezeichnet: durch die Erneuerung und Verlängernng des zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien bestehenden Friedensbundes und durch die handelspolitischen Verhandlungen, die den Zweck hatten, für den Zeitpunkt des Ablaufs der bisherigen Handelsverträge (am 1. Februar 1892) neue Verhältnisse zu schaffen. Um nicht mißverstanden zu werden, fügen wir gleich hinzu, daß der Kronstädter Flottenbesuch und die hierauf allgemein zurückgeführte russisch-französische „Verbrüderung wie sehr sie auch eine Zeit lang die gesammte europäische Presse beschäftigt und in Aufregung gesetzt hatten, nach der inzwischen eingetretenen besseren Erkenntniß nicht den Charakter eines so weittragenden Ereignisses hatten, wie jene beiden anderen vorbezeichneten Thatsachen. Die leitenden Staatsmänner mehrerer Großmächte haben übereinstimmend darin nur den deutlicheren Ausdruck längst bestehender Verhältnisse erblickt, und wenn man einige Jahrgänge der Geschichte zurückblättert, wird man diese Auffassung allenthalben bestätigt finden: Rußland und Frankreich standen schon seit längerer Zeit in näheren freundlichen Beziehungen — man erinnere sich nur der Wirksamkeit und der Pläne eines Skobelew und eines Boulanger — und die Frage, ob zwischen beiden Mächten ein Bündnißvertrag abgeschlossen, durchzieht die Geschichte Europas schon seit langen Jahren wie eine Seeschlange.

Wahr ist es, daß der Kronstädter Flottenbesuch Wochen lang die sogenannte öffentliche Meinung beunruhigte; aber diese Auffassung hat sich bereits wieder verflüchtigt. Die Beunruhigung hatte sich jedenfalls nicht der leitenden Kreise bemächtigt und schwerlich bildeten jene Ereignisse einen Gegenstand diplomatischer Erörterungen. Der Diplomatie hat auch im Jahre 1891 keine Frage vorgelegen, welche die dringliche Gefahr internationaler Verwicklung in sich trug., sie war — wenn man von der rein friedliche Zwecke verfolgenden politischen Verhandlung über die Verlängerung des Dreibundes absieht — ausschließlich durch wirthschaftliche Fragen in Anspruch genommen. Wenn irgend etwas, so war für die internationalen Beziehungen im Jahre 1891 der Ausspruch des Lord Salisbury am Lordmayorstage (9. November) bezeichnend, daß „nicht das kleinste Wölkchen am Horizont vorhanden sei, das irgend etwas dem Frieden Schädliches enthalte", und daß die Kriegführung der Nationen langsam das Feld zu verändern scheine, indem die industrielle Konkurenz und die erlöschenden Handelsverträge die Diplomaten vorwiegend in Anspruch nähmen. In voller Uebereinstimmung hiermit befindet sich die Neujahrskundgebung des Präsidenten der französischen Republik, der es als Aufgabe für das neue Jahr bezeichnete, daß die Regierungen sich den wirthschaftlichen Interessen und den sozialen Aufgaben widmen, welche sich ihrer Fürsorge immer dringender empfehlen" Zu der Verbreitung dieser Erkenntniß beigetragen zu haben, darf das Jahr 1891 sich als ein Verdienst anrechnen.

Die handelspolitischen Verhandlungen haben zu dem Abschluß von Verträgen Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn, mit Italien, mit der Schweiz und mit Belgien geführt; ebenso hat Oesterreich-Ungarn mit Italien und der Schweiz Verträge abgeschlossen. Hierdurch wird dem Friedensbunde eine neue starke wirthschaftliche Grundlage gegeben. Die Bedeutung dieses Ereignisses hat sich vornehmlich in dem Gefühl der Isolirtheit bekundet, das seitdem Frankreich beherrscht. Die hochschutzzöllnerische Autonomie hat dort der Besorgniß Raum gegeben, daß die französischen Fabrikate und Produkte keinen genügenden Absatz mehr finden; in Folge dessen geht Frankreich darauf aus, Meistbegünstigungsverträge mit Griechenland Schweden und Nordamerika abzuschließen; auch sind Verhandlungen mit Spanien eingeleitet, das jedoch durch einen hohen schutzzöllnerischen Tarif sich erst verschiedene Kompensationsobjekte verschafft hat. Ein Antrag Spaniens, den Vertrag mit Deutschlanv unter Aufhebung des bisherigen beschränkten Einfuhrzolls für Alkohol auf ein halbes Jahr zu verlängern, ist, da ein solches Verhältniß nur den spanischen Weinen, nicht aber dem deutschen Branntwein gedient hätte, in Berlin zurückgewiesen worden. Der Vertrag Deutschlands mit Belgien unterliegt noch der parlamentarischen Berathung in letzterem Lande, wo schutzzöllnerische Bestrebungen wohl vergeblich thätig sind, ihn zu Falle zu bringen; zwischen Italien und der Schweiz schweben noch die Verhandlungen. In jedem Falle wird der 1. Februar 1892 Deutschland und die ihm politisch und wirtschaftlich verbündeten Staaten in die sichere Position eines großen Wirthschaftsgebietes bringen, das mit Ruhe der ferneren Gestaltung der zollpolitischen Beziehungen mit anderen Ländern zusehen kann.

Die Frage der Verlängerung des Dreibundes hatte eine Zeit lang die Gemüther deshalb beschäftigt, weil in Rom am 28. Januar ein Kabinetswechsel eingetreten war und man nicht wußte welche Politik der Nachfolger Marquis Rudini, befolgen werde, diejenige seines Vorgängers oder diejenige der Radikalen Italiens, die ihr Heil in Frankreich suchen. Rudini hat im Juni den Zweifeln ein Ende bereitet durch Erneuerung des Vertrags und durch unzweideutige Erklärungen, die alle Welt über die Richtung der italienischen Politik beruhigen müssen.

Die Betrachtung der inneren Verhältnisse der einzelnen Staaten kann nach diesem Ueberblick kurz sein. Der Ministerwechsel in Italien war nicht durch die auswärtige Politik, sondern durch die Finanzpolitik und durch die starken Anforderungen Crispi's an die Steuerkraft bedingt. Rudini hat, um das Defizit zu beseitigen, auf vielen Gebieten Ersparungen eintreten lassen, aber sich doch genöthigt gesehen, eine Reihe von Steuern zu erhöhen, wofür er die Zustimmung der Kammern erst später nachsuchte und erhielt. Ungezogenheiten einiger französischen Pilger setzten die nationale Begeisterung in Italien von Neuem in Bewegung und bewirkten, daß die in radikalen Kreisen verbreitete Sehnsucht nach Frankreich sich wieder stark abgeschwächt hat.

In Oesterreich haben die Neuwahlen nicht vermocht, eine geschlossene Majorität herbeizuführen. Die Regierung stützt sich auf die vereinigte Linke, die Polen und die im Hohenwartclub vereinigten Conservativen und Clerikalen; die vereinigte Linke hat eine Stärkung durch Berufung des Grafen Kueuburg als Minister ohne Portefeuille erhalten. Der Ausgleich mit Böhmen ist an dem Widerspruch der Czechen gescheitert.

In Frankreich hat man zwar einige Male nicht sowohl zu russenfreundlichen, als vielmehr auch zu deutschfeindlichen Kundgebungen Anlaß gefunden; indeß haben in letzterer Beziehung viele Blätter sich entschieden mißbilligend geäußert, und schließlich bewies auch die nahezu ungestörte Aufführung des „Lohengrin" daß der Janhagel nicht immer unumschränkt Herrschaft in Paris hat. Das Ministerium Freycinet hat sich bis jetzt in Sattel gehalten und sein Ansehen durch die gute Aufnahme der französischen Flotte in Kronstadt gestärkt; der Radikalismus findet hierin eine Hauptschwierigkeit, sie zu bekämpfen. Dem durch das Verhalten eines Erzbischofs geförderten Bestreben des Radikalismus nach Trennung von Kirche und Staat und Aufhebung des Concordats hat die Regierung bisher Widerstand entgegengesetzt. Der Selbstmord des Generals Boulanger hat auf die politischen Verhältnisse keinen Einfluß gehabt, sondern nur bewirkt, daß es vielen seiner früheren Anhänger jetzt wie Schuppen von den Augen gefallen ist. Der Zolltarif ist zu Ende des Jahres unter Dach und Fach gebracht worden.

In Großbritanien hat der Sturz Parnells, dem alsbald der Tod dieses irischen Agitators folgte, eine Zersplitterung in die irische Nationalpartei gebracht, die Irland nicht mehr zu dem Mittelpunkt der öffentlichen Angelegenheiten macht. Vielmehr drängt man nach ländlichen Reformen für England und Schottland, um die sich wahrscheinlich die nächsten Neuwahlen drehen werden.

Mit Portugal hat England über die Abgrenzung der Interessensphären in Ostafrika ein Abkommen getroffen, das das portugiesische Volk beruhigt zu haben scheint, nachdem mancherlei Unruhen republikanischen Charakters von der Regierung energisch unterdrückt worden sind.

In Spanien ist nach dem Ausfall der letzten Wahlen die conservative Partei in unbeschränktem Besitz der Herrschaft unter dem Ministerium Canovas geblieben. In Belgien steht die Frage der Verfassungsrevision auf der Tagesordnung, ohne bis jetzt zu einem positiven Ergebniß geführt zu haben. Die Schweiz hat das Banknotenmonopol eingeführt und die durch Revolution gestürzte Regierung im Canton Tessin wieder eingesetzt. Die Verwerfung des Ankaufs der Centralbahn durch Volksabstimmung hat einen Wechsel in der Präsidentschaft des eidgenössischen Bundes herbeigeführt.

Im Osten — Rußland, Balkanstaaten, Türkei — haben sich nennenswerthe politische Aenderungen nicht vollzogen. Dennoch verdient die Hungersnoth in Rußland insofern erwähnt zu werden, als sie die Ursache zu dem Getreideausfuhrverbot wurde und die politischen Kreise von der internationalen Conjecturalpolitik auf die inneren Verhältnisse hin ablenkte. Ein Abkommen Rußlands mit der Türkei wegen der Formalitäten bei der Durchfahrt durch die Dardanellen hatte Anlaß zu der Meinung gegeben, als ob es sich hierbei um eine Lossagung von dem Pariser Vertrag und um einen politischen Frontwechsel der Türkei handele; auch ein Ministerwechsel in Konstantinopel wurde in ähnlicher Weise ausgelegt; aber diese Auffassungen bestätigen sich bei ruhigerer Auffassung der Dinge nicht. Der König von Serbien hat in St. Petersburg und in Wien Besuche gemacht, nachdem sein Vater König Milan aus eigenem Antrieb das Land bis zur Volljährigkeit des Sohnes verlassen hatte und die Mutter gegen ihren Willen gezwungen war, dem Beispiele ihres früheren Gemahls zu folgen. Rumänien hatte in Folge innerer Schwierigkeiten mehrmals Ministerkrisen. Zuletzt ist die, das Einvernehmen mit den mitteleuropäischen Friedensmächten befürwortende Partei der Junimisten mehr in den Vordergrund getreten; sie hofft, sich in den bevorstehenden Neuwahlen zu befestigen. Bulgarien war noch am Schluß des Jahres wegen der Ausweisung eines auffässigen Flunkercorrespondenten mit Frankreich in einen Konflikt gerathen, der aber keine ernsthaften Folgen zu haben scheint.

In den vorgeführten Verhältnissen sind Keime ernsterer Verwickelung nicht erkennbar. Die Thatsache, daß die mittel- und westeuropäischen Staaten vielfach durch Arbeiteraus-